Rundschreiben Nr. 19
(22.4.1975)

Die Rundschreiben der Leitung werden in Zukunft regelmäßig jede Woche am Donnerstag abends fertig sein. Das soll sowohl die Arbeit der Kollektive und Zellen, als auch die technische Herstellung besser planbar machen. Außerdem werden ab jetzt alle Beschlüsse der Leitung getrennt vom übrigen Rundschreiben abgezogen und ihm jeweils als Beilage beigefügt, was die Arbeit mit den Beschlüssen, die ja für einen längeren Zeitraum von Bedeutung sind als die ebenfalls in den Rundschreiben enthaltenen konkreten Anweisungen und Informationen, erleichtern und fördern soll. Es ist auch wichtig, daß die Kollektive und Zellen lernen, die Rundschreiben richtig zu gebrauchen. Die Rundschreiben sind dazu da, daß sie für die politische Arbeit benutzt werden, nicht dazu, daß sie von der ersten bis zur letzten Zeile gründlich durchstudiert und in den Einheiten durchdiskutiert werden, was nämlich die politische Arbeit eher lahmlegen würde. Es wird in jedem Rundschreiben Teile geben, die sich nicht jeder durchzulesen braucht oder nur wenn er einmal dazu Zeit hat; es wird Teile geben, bei denen es genügt, daß jeder Genosse sie zu Hause durchliest; bei den übrigen Teilen muß genau überlegt werden, wie und in welchem Ausmaß darüber in den Einheiten diskutiert wird. In keinem Fall darf es passieren, daß die Rundschreiben eine selbständige Bedeutung bekommen und sie "als Rundschreiben" diskutiert werden und nicht im Zusammenhang der politischen Praxis, die jede Einheit macht. Eine solche Behandlung der Rundschreiben zu gewährleisten ist vor allem die Aufgabe der Kollektiv- bzw. Zellenleiter.

Die Völker Indochinas erringen Tag für Tag neue Siege. Kambodscha ist bereits vollständig befreit. Das vietnamesische Volk geht dem endgültigen Sieg über den US-Imperialismus mit Riesenschritten entgegen. Die taktische Orientierung der FNL hat sich aber nicht geändert. Sie strebt in der gegenwärtigen Situation vor allem durch die Entfaltung des politischen und militärischen Kampfes des Volkes und durch die Organisierung des Widerstandes gegen das Thieu-Regime in den besetzten Gebieten an, daß das Thieu-Regime, d.h. Thieu selbst und seine ganze Clique, gestürzt wird und in Saigon eine Regierung an die Macht kommt, die willens ist, für die nationale Unabhängigkeit einzutreten und das Pariser Abkommen zu verwirklichen. Sie strebt an, daß der US-Imperialismus so gezwungen wird, wirklich aus Vietnam abzuziehen. Sie strebt natürlich nicht an, daß Saigon einfach militärisch überrannt wird, "unabhängig" von der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und ihrem Kampf. Was die Leitung des KB in der Erklärung vom 7.4. gesagt hat, ist nach wie vor vollständig gültig. Der Rücktritt Thieus und die Ernennung seines bisherigen Stellvertreters zum Führer der Thieu-Clique zeigt nur die ausweglose Lage des US-Imperialismus und die Zersetzung des Thieu-Regimes, ändert aber nichts an der Lage. Ein Sprecher der PRR hat in Paris erklärt, daß die PRR mit der "neuen" Marionettenregierung nicht verhandeln würde, sondern daß weiterhin die Bedingungen dafür wären: Abzug der US-Imperialisten aus Vietnam, vollständige Beseitigung der Thieu-Clique, Bildung einer für nationale Unabhängigkeit eingestellten Regierung in Saigon, die das Pariser Abkommen durchführen will. An dieser Linie hält die FNL und die PRR ungeachtet aller Winkelzüge der USA und der Marionetten in Saigon fest.
Unsere Aufgabe ist es, der österreichischen Bevölkerung die Ziele des Befreiungskampfes der Völker Indochinas zu erklären und wie es gegenwärtig um diese Ziele kämpft, d.h. die politische Linie und die Taktik der FNL bzw. der PRR. Wir müssen erklären, daß es sich um einen nationalen Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus handelt, nicht um einen "Bürgerkrieg". Das tritt ja inzwischen mit der Zersetzung des Thieu-Regimes wieder deutlicher hervor. Heute muß die bürgerliche Presse bereits wieder schreiben, daß die eigentlichen Verlierer die USA sind, weniger Thieu, Wir müssen

erklären, ~~daß~~ welche Rolle der Kampf um die Verwirklichung des Pariser Abkommens im Rahmen des Befreiungskampfes spielt und wie die PRR stets diesen Kampf geführt hat und weiterhin führt. So können wir den bürgerlichen Lügen entgegentreten und den Massen die Vorgänge in Vietnam verständlich machen und sie für den Befreiungskampf des Volkes und für die FNL und die PRR gewinnen. Wir erhebn weiterhin und mit größerem Gewicht als bisher die Forderung nach Anerkennung der GRUNC und der PRR.
Unserer Meinung nach geht es gegenwärtig vor allem darum, in diesem Sinne unter den Massen aufzutreten und Kenntnisse und Informationen zu verbreiten und die Auseinandersetzung mit falschen Vorstellungen unter den Massen zu fördern. Nicht für zweckmäßig halten wir weiterhin zentrale Veranstaltungen, insbesondere eine Demonstration, - in der gegenwärtigen Situation.
Unsere Kräfte sind gegenwärtig äußerst angespannt und wir können daher nicht mehr tun, als kommende Woche ein Flugblatt zu verteilen und Indochina und bei den Ständen in der Agitation/zum Zeitungsverkauf entsprechend zu berücksichtigen. Letzteres sollte allerdings unbedingt geschehen.
Die für 25.4. geplante Veranstaltung des Indochinakomitee Wien wurde inzwischen abgesagt, weil am selben Tag ein Vertreter der PRR im NIG spricht bei einer Veranstaltung des KSV. Obwohl der KSV den Vorschlag des IKW für eine gemeinsame Veranstaltung abgelehnt hat, rufen die MLS und das IKW auf der Hochschule dazu auf, sich den Vertreter der PRR anzuhören.

Am 22.4. hat die ÖIAG dem Voest-Projekt in Südafrika zugestimmt. Auf der Linie des diesem Rundschreiben beigelegten Beschlusses der Leitung werden wir in Zukunft weiterhin dagegen auftreten. Bevor Aktivitäten beschlossen werden, muß man sich genau überlegen, was an Kräften zur Verfügug steht. Ist eine Sache aber einmal beschlossen, dann muß sie ernst genommen werden, Das war bei der Demonstration am 21.4. nicht der Fall, an der insgesamt 130 Menschen teilnahmen, davon etwa 100 bei uns Organisierte. Für die Weiterführung des Kampfes besteht - obwohl in der kurzen Vorbereitungszeit noch für diese Demonstration keine beritere Aktionseinheit zustandekam - die Möglichkeit, breitere Kreise in den Kampf hineinzuziehen, insbesondere auch konfessionelle Jugendorganisationen. Sollte auf Initiative des KSA ein Aktionskomitee zur Organisierung des Kampfes gegen das Projekt zustandekommen, wird der KB sich daran beteiligen. Die Demagogie der Bourgeoisie mit der "Arbeitsplatzsicherung", die übrigens immer mehr zur Rechtfertigung jeder volksfeindlichen Maßnahme herangezogen wird wie am 22.4. von Kreisky in Linz in der Argumentation für den Bau von Kernkraftwerken, hat zu einem gewissen Grad in der Arbeiterklasse und im Volk verfangen. Darüber kommen wir nicht hinweg, wenn wir auch von uns aus nicht diese Frage aufwerfen. Auf die Demagogie der Bourgeoisie kann man nicht antworten, indem man sich auf dieselbe Ebene begibt. Das macht die KPÖ, wenn sie "beweist", daß im Gegenteil die Durchführung des Projektes Arbeitsplätze gefährden würde, weil dadurch ein Teil der Produktion und weiters ein Teil (laut ÖIAG-Angaben 10-20%) der Rohstoffgewinnung (Erzberg!) ins Ausland verlegt würde. Das macht auch der auf der Demonstration verwendete Sprechchor "Glaubt nicht der bürgerlichen Hetze, das Voest-Werk sichert keine Arbeitsplätze!", der - so für sich genommen - die Menschen gerade auf die falsche Fragestellung hinlenkt und auch prompt dazu geführt hat, daß Passanten mit "Warum nicht?" gekontert haben und auch gleich eine dementsprechende Antwort gegeben haben. Natürlich ist es ein Blödsinn, daß durch dieses Projekt die Arbeitsplätze gesichert werden . Aber das ist ja gar nicht die Frage, um die es geht und auf die wir die Auseinandersetzung unter den Massen zuspitzen wollen: Soll Österreich ~~xxx~~ durch das Voest-Projekt sich gegen das Volk von Azania stellen und das Kolonialistenregime unterstützen - ja oder nein? Wir glauben, daß die Arbeiterklasse und das Volk Osterreichs keinen Grund haben, sich auf diese Seite zu stellen, und daß sie vielmehr allen Grund haben, sich auf die Seite des Volkes von Azania zu stellen. Von dieser

richtigen Haltung dürfen sie sich nicht durch die burgerliche Demagogie abhalten lassen, durch eine Demagogie, die erstens aus der Luft gegriffen ist und mit der sie zweitens in der Krise überall konfrontiert sind. Würde man dieser Demagogie Glauben schenken, dann müßte man nicht nur das Voest-Projekt in Südafrika akzeptieren, sondern gemauso z.B. den Bau von Atomkraftwerken, den Lohnraub und die Steigerung der Ausbeutung im Betrieb.

Am 6.5. findet eine Demonstration statt unter der Losung "Für das Recht auf geteilte Ableistung des Präsenzdienstes...", wobei wir hoffentlich noch erreichen können, daß die Formel "... für Studenten, Schüler, Lehrlinge und Arbeiter" ersetzt wird durch "...für alle Wehrpflichtigen". Selbst wenn das aber nicht gehen sollte, ist es richtig, daß MLS und RSB an der Aktionseinheit teilnehmen, die auf Initiative der ÖH gebildet wurde und an der neben politischen Schüler- und Studentenorganisationen, darunter auch die Revisionisten und Trotzkisten, Schulsprecher aus ganz Wien teilnehmen.
Es gibt bei uns große Unklarheiten, ob es richtig ist, sich an dieser Aktionseinheit zu beteiligen. Spontan sind die meisten Genossen zunächst zu der Meinung gekommen, essei nicht richtig. Sie sind dazu gekommen, weil sie sich eine falsche Frage gestellt haben. Sie haben sich gefragt: Ist es richtig, wenn die Studenten und angehenden Studenten - statt zusammen mit allen anderen Wehrpflichtigen ihre sechs Monate"abzudienen" - den Wehrdienst in eigenen Maturantenkompanien in zwei Dreimonatsraten machen. Naturlich ist die Antwort auf diese Frage negativ. Aber um diese Frage geht es zunächst gar nicht. Sehen wir uns die Tatsachen an.
Lütgendorf hat in einem Brief an die ÖH angekündigt, daß das vor einigen Jahren den Studenten gewährte Recht, den Wehrdienst in zwei Dreimonatsraten während der Sommerferien abzuleisten, abgeschafft werden soll! Hatte die SPÖ-Regierung dieses Sonderrecht zuerst als "Zuckerl" für die Studenten gedacht, so hat ihr diese Regelung schließlich doch zu viele organisatorische Schwierigkeiten verursacht. Jetzt will sie es wieder abschaffen. Dagegen gibt es unter den Studenten eine Unzufriedenheit und eine spontane Bewegung, weil das für viele Studienrichtungen bedeuten würde, daß sie ein Jahr verlieren. Die Frage steht also so: Unterstützen wir diese spontane Bewegung gegen den bürgerlichen Staat und seine Maßnahmen oder nicht? Wir sind der Meinung, wir sollen sie unterstützen und sie dazu benutzen, Klarheit über den bürgerlichen Klassencharakters und die Volksfeindlichkeit dieses Staates zu schaffen. Es wird eingewendet, die Arbeiterklasse hätte kein Interesse an so einem geteilten Wehrdienst; aber die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß die Studenten in Verfolgung ihrer Interessen sich gegen den bürgerlichen Staat stellen. Es wird eingewendet, es handle sich hier um die Verteidigung eines Sonderrechtes und um eine Sonderbewegung der Studenten; aber das liegt halt daran, daß es sich um die besondere Schicht der Studenten handelt, und ist kein Grund, diese Bewegung nicht zu unterstützen. Es wird eingewendet, hier würde ein Privileg verteidigt; aber eine Sonderregelung, die der Natur der Sache nach für die übrigen Wehrpflichtigen keine oder nur eine untergeordnete Bedeutung hat, ist deshalb noch kein Privileg. Es wird eingewendet, daß die Ableistung des geteilten Wehrdienstes mit sich bringt daß die Studenten in eigene Maturantenkompanien gesteckt und von der übrigen Masse der Wehrpflichtigen getrennt werden; aber das ist keineswegs notwendigerweise so, wie gerade das ebenfalls von Lütgendorf angekündigte Beispiel derer zeigt, die im Sommer ihren zweiten Teil ableisten und die zu diesem Zweck zu normalen Kompanien hinzugeschlagen werden. Natürlich ~~si~~ sind wir dagegen, daß die Studenten in eigene Maturantenkompanien gesteckt werden und wir sind auch nicht gegen diesen Teil des Briefes von Lütgendorf und diejenigen Kräfte, die die Maturantenkompanien und das Recht der Studenten darauf verteidigen wollten, sind in der Aktionseinheitssitzung auch überstimmt worden. Überhaupt ist es so, daß wir einerseits den Kampf

der Studenten für das Recht auf einen geteilten Wehrdienst unterstützen, aber andrerseits ihnen sagen, daß sie bei der Wahrnehmung dieses Rechtes so verfahren sollen, daß sie stets diejenige Lösung suchen, die sie nicht vom Volk trennt, indem es sie von der Masse der Wehrpflichtigen trennt. Wenn ein geteilter Wehrdienst nur in besonderen Maturantenkompanien abgeleistet werden kann, dann werden wir erstens gegen diese besonderen Kompanien auftreten - und die organisatorischen Bedenken des bürgerlichen Staates sind uns dabei ganz gleichgültig - und zweitens den Studenten sagen, sie sollten wenn möglich zusammen mit der übrigen Masse der Wehrpflichtigen den normalen Wehrdienst machen. Wenn man diese zwei Seiten der Sache vermischt, dann kann man keine klare Position einnehmen, sondern sich nur von seinen Gefühlen leiten lassen und idealsitsisch an die Frage herangehen. Es bleibt noch zu sagen, daß die ganze Sache zunächst einmal eine Studentenangelegenheit ist, weil ja die Studenten und nur die Studenten es sind, die ein/bestehendes Recht /für sie/ verteidigen. Wir hätten von uns aus die Sache auch als Studentenangelegenheit behandelt und wir tun es auch weiterhin. Allerdings haben bei der Aktionseinheitssitzung die Berufsschulsprecher verlangt, daß auch die Lehrlinge "berücksichtigt" werden, d.h. für sie ein analoges Recht gefordert wird, wie die Studenten es verteidigen. Die Trotzkisten haben daraufhin vorgeschlagen, die Sache auch auf die Arbeiter auszudehnen, die wehrpflichtig werden. Das hat dann dazu geführt, daß der Losung nach, aber natürlich nicht dem Wesen der Sache nach mehr daraus geworden ist als eine Studentenangelegenheit. Das halten wir für unzweckmäßig und falsch, aber es ist kein Grund, aus der Aktionseinheit herauszugehen, zumal dieser Fehler ja keine praktische Bedeutung gewinnen wird und seitens vieler Studenten nichts anderes sein wird wie die Überzeugung, "nicht für Privilegien nur für die Studenten"zu sein.
So haben wir die Frage in der Leitung diskutiert und so sind dann auch die Leitungen von MLS und RSB aufgetreten. Ich hoffe, diese kurze Zusammenfassung ist geeignet, mehr Klarheit in die Behandlung der Frage zu bringen. Anzumerken ist noch,daß es sehr begrüßenswert ist, daß mehrere Genossen ihre Meinung dazu an die Leitung herangetragen haben und ein Genosse dazu sofort eine schriftliche Stellungnahme ausgearbeitet hat.

W.L.
i.A. der Leitung

Im Anhang sind Beschlüsse der Leitung abgedruckt:Bericht über die Lage in der VUV, Beschluß zum Kampf gegen das Voest-Stahlwerks-Projekt in der SAR, Beschluß zur Urlaubsregelung.
Angehängt ist noch ein Bericht von H.W. zur Vorbereitung des 1.Mai.

Im letzten Rundschreiben hat der Tipper beim Beschluß zu der Kurden-Initiative den letzten Absatz vergessen, in dem steht, daß wir uns daher nicht an der Initiative der Kurden beteiligen.

Die Veranstaltung der Nahostkomitee/Aufbaugruppe findet am Freitag, 25.4., um 19 Uhr nicht wie vorgesehen im Porrhaus, sondern im Haus der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, IX., Maria Theresienstraße 11 (Parallelstraße zum Schottenring), statt.

BERICHT AN DIE LEITUNG UBER DIE LAGE IN DER VUV
(BESCHLOSSEN AM 21.4.1975) - 5 -

I. DIE VUV IST EIN INSTRUMENT DES KB ZUR EINGLIEDERUNG DER WERKTÄTIGEN INTELLEKTUELLEN IN DIE ALLGEMEINEN VOLKSKÄMPFE

Will die Arbeiterklasse ihr nächstes Ziel, den Sturz der Bourgeoisieherrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, erreichen, muß sie nicht nur ihre eigenen Reihen zusammenschließen, und auf den Kampf ausrichten, sondern auch alle verfügbaren Reserven richtig ausnützen.
Die Festlegung der Rihhtung des Hauptschlages des Proletariats auf der Grundklage der gegebenen Etappe der Revolution, die Ausarbeitung eines entsprechenden Plans für die Aufstellung der revolutionären Kräfte und der Kampf für die Durchführung dieses Plans während des ganzen Verlaufs der gegebenen Etappe der Revolution ist Sache der Kampforganisation der Arbeiterklasse, der proletarischen Partei (vgl. Stalin, Grundlagen)

In Anwendung auf den heutigen Stand der kommunistischen Bewegung in Österreich, der durch politische und organisatorische Zersplittertheit, kurz, das Fehlen einer kommunistischen Avantgardepartei gekennzeichnet ist, bedeutet für das für eine, wenn auch in einem lokal eng begrenzeten Rahmen operierenden kommunistische Organisation wie den KB-Wien, die vorhandenen Kräfte voll einzusetzen für die Herstellung der Einheit der gesamten Arbeiterklasse in ganz Österreich auf dem Boden des Klassekampfs, für die Herausbildung einder kommunistischen Avantgardepartei und den Zusammenschluß der Massen unter Führung der Arbeterklasse. Diese Aufgabenstellung schließt ein, entschieden darauf hinzuarbeiten, daß in absehbarer Zeit ein solcher strategischer Plan für den Kampf der Arbeiterklasse in Österreich zustandekommt, was unter den gegebenen Umständen die Vorauseetzung ist für die Überwindung der organisatorische und politischen Zersplittertheit der kommunistischen Bewegung und den Aufbau einer Partei des Proletariats in Österreich.
Diese Aufgabenstellung schließt weiter ein, im lokalen Tätigkeitsbereich so weit als möglich die Aufgaben einer Kampforganisation der Arbeiterklasse wahrzunehmen, die die Arbeiter- und Volkskämpfe anleitet und auf das sozialistische Ziel ausrichtet.

Insofern der KB-Wien Aufgaben einer Kampforganisation der Arbeiterklasse wahrnimmt, insofern ist es auch seine Sache, die Reserven der Arbeiterklasse für seine Tätigkeit im lokalen Rahmen auszunützen. Das bedeutet vor allem, daß der KB eine umfasende Politik entwickeln muß, die auch geeignet ist, solche, durch eine besondere Lage gekennzeichnete Teile des Volks (Schüler, Studeten, werktätige Intellektuelle) für die Ziele des Kampfs der Arbeiterklasse zu gewinnen, für diesen kämpf nutzbar zu machen und in die allgemeinen Volkskämpfe einzugliedern

Die Instrumenten fü die Gewinnung, Nutzbarmachnung und Eingliederung dieser Teile des Volks uaf der Grundlage der politischn Linie des KB sind jeweils zweckentsprechende kommunistische Massenorganisationen (RSB, MLS, VUV),

2. DIE GEWINNUNG DER WERKTÄTIGEN INTELLEKTUELLEN IST EIN TEIL DER IDEOLOGISCHEN OFFENSIVE DER ARBEITERKLASSE

Die Gewinnung der werktätigen Intellektuellen für die Arbeiterklasse ist deshalb von Bedeutung, weil sie sich dadurch eine Menge von Kenntnissen und Fähigkeiten, die in den Köpfen der Intellektuellen konzentriert sind und die von der Bourgeoisie für die Stützung und Aufrechterhaltung ihrer eigenen Klassenherrschaft vorgesehen waren, nutzbar machen kann und so die Bourgeoisie an der entscheidenden ideologischen Front doppelt schwächt.
Denn, je größer der Teil der werktätigen Intellektuellen ist, den die Arbeiterklasse für das Lager der Revolution gewinnt, desto breiter

schreitet die Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft voran, desto leichter wird die Verbreitung revolutionärer Gedanken in der ganzen Gesellschaft, desto geringer wird der Widerstand, den die Bourgeoisie der Arbeiterklasse entgegeensetzen kann und desto besser werden die Bedingungen des sozialistischen Aufbaus durch die Verwertung der Kenntnisse der alten Gesellschaft. (RB d. Ltg. an die I.o.DK, S 105)

Die werktätigen Intellektuellen waren aber durch die besonderen Aufgaben, die ihnen von der Bourgeoisie zugedacht sind, gezwungen, eine ganze Kette besonderer und vom Volk getrennter Erziehungs- und Bildungsinstitutionen zu durchlaufen. Dieser Werdegang findet seinen Niederschlag einerseits in ihrer relativ privilegierten beruflichen Tätigkeit und andererseits in ihren falschen Vorstellungen über die soziale Lage der Arbeiterklasse und des Volks.
Beides charakterisiert ihre Isolation gegenüber dem Volk.

Um die Masse der werktätigen Intellektuellen für die Ziele des Kampfs der Arbeiterklasse zu gewinnen und ihnen in organisierter Weise die Möglichkeit zu geben, sich politisch und ideologisch zu schulen und sich tatsächlich den proletarischen Standpunkt anzueignen, hat der KB, weil auch die subjektiven Voraussetzungen vorhanden waren, eine selbständige Massenorganisation (VUV) gegründet, die von ihm nun mittels einer Zelle aufgebaut wird und zwar so, daß sie in ihrer inneren Struktur nach solchen Fachbereichen gegliedert ist, die für die Arbeiterklasse wichtig und für deren Bearbeitung auch von ihrer Ausbildung und von ihrem Beruf her geeignete Intellektuelle vorhanden sind.
Dem kollektiven Leitungsorgan der VUV kommt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, die Arbeit der gesamten Organisation zu organisieren die Erfahrungen der Grundeinheiten zusammenzufassen, zu verarbeiten und wiederum für die Arbeit der Grundeinheiten fruchtbar zu machen.

Als selbständige Organisation ordnet sich die VUV politisch dem KB unter, indem sie auf der Grundlage seiner Beschlüsse und Richtlinien die besondere Aufgabe wahrnimmt, Intellektuelle zu gewinnen, sie zu Kommunisten ausbildet, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten für die Führung des Klassenkampfs der Arbeiterklasse fruchtbar macht und für den KB-Wien die Möglichkeit schafft, sie in organisierter Weise zur Entfaltung seiner Politik in den Volksmassen heranzuziehen.

Dadurch, daß die VUV die Ergebnisse ihrer theoretischen und die Erfahrungen bei ihrer praktischen Arbeit laufend dem KB zur Verfügung stellt, kann sie auch einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der politischen Linie des KB leisten.

So unterstützt die VUV insgesamt die Volkskämpfe.

Die Bedingung, unter der die VUV ihre Aufgaben nur richtig bewältigen kann, ist, daß sie vom KB ständig als Hebel zur Erfüllung seiner Aufgaben in Bezug auf die werktätigen Intellektuellen benutzt wird. Bedient sich der KB in Vernachlässigung seiner Aufgaben dieses Mittels nicht, so verliert die VUV ihren Sinn und Zweck, sie hängt in der Luft und muß sich zwangsläufig von einer kommunistischen Massenorganisation zu einem fortschrittlichen Intellektuellenverein entwickeln, in dem die Arbeit der Kommunisten verpufft!

3. DIE ENTWICKLUNG DER VUV SEIT IHRER GRÜNDUNG

Zunehmende Klarheit über seine gesamten Aufgaben hat der KB erst in jüngerer Zeit gewonnen, was sich auch in einer breiten Entfaltung unserer Politik in den Massen niedergeschlagen hat (vgl. RB Teil IV)
Beim Beschluß über den Aufbau der VUV hat diese Klarheit noch keineswegs bestanden, was dazu führte, daß wir zwar eine richtige Bestimmung des Charakters und der Hauptaufgaben der VUV vornehmen konnten, den

entscheidenden Aspekt aber, daß der KB selbst mittels der VUV Politik machen muß, nicht klar genug gesehen haben:

Selbständig ist die VUV organisatorisch, dem KB in politisch untergeordnet aber ist die.

Die Fortsetzung des Gedankens der Selbatändigkeit auf der Ebene des politischen Verh-ältnisses zwischen KB und VUV stellte die VUV-Genossen vor eine unläsbare Aufgabe. Im Ber icht an die Leitung "Zum Aufbau einer kommunistischen Massenorganisation werktätiger Intelligenz" würde die Orientierung auf die Ausarbeitung eines selbständigen, in sich geschlossenen "politischen Argetsplans der VUV" ausgegeben. Die VUV-Genossen hätten nun, um im Sinne der Unterstützung der Volkskämpfe tätig werden können, die aktuellen Bedingungen und den Gang der Klassenkämpfe untersuchen, einschätzen und danach ihren Arbeitsplan aufstellen müssen, eine Aufgabe, die aber allein vom KB bewältigt werden kann.
Dort, bei der Fortsetzung des Gedankens der Selbständigkeit auf der Ebene des politischen Verhältnisses zwischen KB und VUV wurde der Keim gelegt für das Abgleiten in Vorstellungen von der VUV sowohl als "Parallellorganisation" als auch als "Organisation zur Unterstützung des KB". Dort liegt auch der Grund dafür, daß die VUV-Genossen auf den Gedanken kamen, ihren "Arbeitsplan" mit einer verkürzten Abschrift der Einschätzung der internationalen Lage aus dem damals vorliegenden RB der KB-Leitung einzuleiten.

Die Unmöglishkeit, einen selbständigen politischen Arbeitsplan für die VUV auszuarbeiten, brachte die Genossen dazu, in ihren weiteren Überlegungen vom einzig gesicherten Ausgangspunkt auszugehen, nämlich von der Tatsache, daß es eine VUV gibt.
Das Hauptcharakteristikum des Arbeitsplans ist deshalb auch, daß sich in ihm die Suche nach Aufgaben für die VUV niederschlägt.
Dabei fiel der erste Blick auf den KB, den es zu unterstützen galt und dabei wieder auf die individuelle Unterstützungsarbeit der vorhandenen VUV-Genossen. Insgesamt führte das dazu, daß zwar im einzelnen keine ausgesprochen falschen Aufgabenstellungen festgelegt wurden, aber - und das ist das wesentliche - ihr sinnvoller innerer Zusammenhang und ihr Gesamtzweck völlig im Dunkeln blieb, und deshalb auch auf organisatorischer Ebene keine brahchbaren demokratisch-zentralistischen Strukturen hergestellt warden.
Es ist kein Wunder, daß all dies zu jenem unerquicklicen Zustand in der VUV führte, in dem die politische und ideologische Schulung völlig losgelöst wurde von der Arbeit in den Einheiten, in dem die Sektionen kaum systematische theoretische Arbeit leisteten und in dem die Arbeit unter den Berufskollegen nicht ernsthaft angepackt wurde.
Es ist kein Wunder, daß die Leitung nicht in der Lage war, sich einen Überblick über die Organisation zu verschaffen, noch diese kollektiv anzuleiten. Und es ist letztlich auch kein Wunder, daß sich auf diesem Nährboden Subjektivismus, Schematismus und Doktrinarismus entfalten konnte und auch in der Leitung festen Halt hatte.

Wenn wir die Wahrheit:"Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ideologischen und politischen Linie entscheidet alles " (Mao Tsetung) tatsächlich begreifen, wird auch klar sein, daß eine kommunistische Massenorganisation, die sich nicht auf eine klare politische Linie der proletarischen Organisation stützen kann, sondern gezwungen ist, über weite Strecken im eigenen Saft zu schmoren, auch ihre Aufgaben nicht erfüllen kann.
Heute stehen die Grundeinheiten, ja die ganze VUV und auch die Zelle des KB vor der Aufgabe, sich die politische Festlegung des KB, die im

Rechenschaftsbericht der LTG an die I. o. DK, im "Klassenkampf" , in den "Klassenkampfflugblättern" und den Rundschreiben niedergelegt sind, anzueignen, sich durch den Kopf gehen zu lassen und auf ihren bestimmten Arbeitsbereich anzuwenden und ihre Arbet danach auszurichten.

Der vorgelegte "Olitische Bericht" der Leitung der VUV spieglet insgesamt im wesemtlicen die fehlerhafte Entwicklung der VUV wider und ist, weil er ausschließlich dies tut, auch ungeeignet, als Grundlage für die zukünftige Ausrichting der Organisation und soll deshalb zurückgezogen werden.

BESCHLUSS ÜBER DIE POLITISCHE LINIE, AUF DER DER KAMPF GEGEN DAS STAHLWERKPROJEKT DER VÖEST IN SÜDAFRIKA GEFÜHRT WERDEN MUSS

I. Das Stahlwerkprojekt der Voest in Südafrika hat eine sehr große Bedeutung sowohl für das Voest-Kapital und die ganze österr. Bourg. als auch für die südafrikanische Bourgeoisie. Die Vereitelung dieses Plans würde einen schweren Schlag für beide bedeuten und eine wichtige Unterstützung für den Befreiungskampf den Völker von Anzania, Namibia und Zimbabwe sowie für die antiimperialistischen Bestrebungen der afrikanischen Länder insgesamt bedeuten. Zugleich herrscht unter Teilen des Volkes Empörung gegen dieses Projekt und breiteste teile des Volkes werden von der öffentlichen Auseinandersetung darüber erfaßt. Der KB-Wien unterstützt daher die Initiativen des KSA gegen das Projekt und setzt sich dafür ein,, die Arbeitsklasse und die Volksmassen zum Kampf dagegen zu mobilisieren und organisieren.

2. Die Empörung unter Teilen des Volkes setzt zunächst an bei der rassistischen Unterdrückungs- und Terrorpolitik des Regimes der SAR gegen die afrikanische Bevölkerung und richtet sich dagegen, daß österreichische Investitionen diese für alle Welt offenkundige schreiende Ausplünderung Entrechtung und Unterdrückung stützen. Diese Empörung ist vollkommen berechtigt und jeder fortschrittliche Mensch wird sie teile Diese Empörung schafft aber noch nicht die politische Klarheit, die notwendig ist, um dem Kampf gegen das Projekt zu führen. Wenn wir uns gegen das Voest-Projekt in Südafrika wenden, dann wenden wir uns dabei nidht einfach gegen jeden Kapitalexport, der der Ausplünderung und Unterdrückung der Völker (im speziellen des Volkes von Anzania) dient. Das hieße den Kampf und die Forderung idealistisch begründen, d.h, nicht von den Tatsachen der politischen Situation und des Klassenkampfes im betreffenden Land auszugenhen, sondern bloß von moralischen Vorstellungen Es ist aber so, daß der Kapitalexport erstens im Imperialismus eine gesetzmäßige ökonomische Erscheinung unvermeidlich ist und zweitens jeder Kapitalexport der Ausbeutung der Arbeiter anderer Länder bzw. der Ausplünderung und Unterdrückung der Völker dient, ob er nach Südafrika geht oder nach Brasilien oder in die BRD.
Auf einer solchen sandigen idealistischen Grundlage läßt sich daher keine kommunistische Politik machen. Sie kommt vielmehr bürgerlichen reformistischn Illusionen aller Schattierungen entgegen.
Ausschlaggebend für die Richtigkeit und Notwendigkeit des Kampfes gegen das Voest-Projekt in Südafrika ist vielmehr die Tatsachee, daß es sich bei dem südafrikanischen Staat um ein Kolonialsystem handelt.
Er beruht auf der kolonialen Knechtung des afrikanischen Volkes. Er repräsentiert in keiner Weise die dort lebende afrikanische Nation, kann nicht für sie sprechen und ist ein völlig illegaler und illegitimer Staat. Deshalb treten die Kommunisten im Einklang mit den Interessen und Forderungen des Volkes von Anzania und seiner Befreiungsorganisationen für den Abbruch sämtlicher Beziehungen auf allen Ebenen mit diesem Staat ein. Und deshalb treten wir auch gegen das Voest-Projekt auf,

versuchen es zu verhindern, und verbreit n zugleich diese weitergehen den Gedanken unter den Massen.

3. Der Kampf wird geführt ~~xxxxx~~ um die Forderung: "Kei ne Voest-Investitionen in Südafrika und Rhodesien!" Es ist sinn voll, das bereits seit zwei Jaren in Bau befindliche, aber bisher vert uschte Projekt eines Stahlwerkes in Rhodesien in die Forderung hineinzuziehen, weil der Kampf dagegen mit demselben politischehn Inhalt geführt wird und bei de Projekte eng zusammenhängen. Die genannte Forderung richtet sich nich an die Voest oder an die ÖIAG, sondern an den Staat bzw die Regierung und fordert sie zu einem Zwangseingriff auf. Das ist richtig, weil es s sich um die politische Frage der Beziehungen zwischen dem österreichischen und dem südafrikanischen Staat hsndelt. Die genannte Forderung ist zugleich Grundlage für die Bildung einer Aktionseinhei t in dieser Frage. Mehr x) soll nicht für die Bildung einer Aktionseinhei t vorausgesetzt werden, weil die Einheit in der einen Forderung genügt, um auf de der breitestmöglichen Grundlage einen gemeinsamen Kampf gegen das Voest-Projekt zu ermöglichen, unabhängig davon, welche darüberhinausgehenden Voratellungen die verschiedenn Kräfte zur SAR und den Beziehungen Österreichs zu ihr haben.

x) z,B. die Förderung nach Abbruch aller Beziehungen zu Südafrika.

Wir verbinden sie mit der Forderung nach dem Abbruch der dipolamtischen Beziehungen zu Südafriak und der Einhaltung des UNO-Boxkotts gegenüber Rhodesien durch den österr. Staat. Wir verbrieten zugleich den Gedanken der Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker von Anzania Namibia und Zimbabwe, den Gedanken der Illegalität und Illegitimität der dortigen Kolonialsysteme und der Notwendigkeit, seitens Österreich alle Beziehungen zu diesen Staaten abzubrechen.

I4.4.I975

BESCHLUSS ZUR URLAUBSREGELUNG

(2I.4.I975)

Ausgehand von der Notwendigkeit, daß auch im Sommer die politische Arbeit bewältigt werden muß und anknüpfend an die Erfahrungen der letzten beiden Jahre, soll folgende Urlaubsregelung eingehalten werden.

+ Kein Genosse soll länger als 3 Wochen Urlaub machen
+ Die Kollektive sollen dann ~~xxxxxxxxxxx~~ geschlossen Urlaub machen, wenn Betriebsferien sind. Dort, wo es keine Betriebsferien gibt, sollen die Kollektive trotzdem geschlossen Urlaub machen, weil so am besten gewährleistet wird, daß die politische Arbeit dann wieder voll aufgenommen werden kann. Längere ZEITräume, wo wir nur auf Sparflamme arbeiten, werden somit ausgeschaltet. Die Verteilergruppen sollen ihre Urlaubsregelung maximal mit der Kollektive abstimmen. Zu berücksichtigen ist, daß die Zeitungen im Sommer gut verkauft werden müssen. Folglich ist es Aufgabe der Kollektive, in den ihnen zugeteilten Einheiten der Massenorganisationen eine Urlaubsregelung durchzusetzen, die die Erfüllung der Aufgaben ermöglicht. D.h., daß sich die Grundeinheten so weit als möglich den Urlaubsregelungen der ~~xxx~~ KB-Einheten anpassen müssen.
+ Die Uralubspläne müssen sofort besprochen und rasch festgelegt und dem Org. Verant. bis 30.Mai schriftlich bekanntgegeben werden.
+ In der Druckerei sollen die beiden Genossen Drucker nicht gleichzeiti auf Urlaub sein. Wenn nur ein Genosse Drucker da ist, Haben die Kollektive durch verstärkte Eigeninitiativen dafür zu sorgen, daß dieser Genosse nicht überfordert wird.

+Die technischen Gruppen (Tipper, Labor usw) haben dafür zu sorgen, daß eine solche Urlaubsregelung getroffen und dem Gen. P.R. bekanntgegeben wird, die den reduzierten Einsatz der Gruppen den ganzen Sommer über ermöglicht.

Die Leitung wird den Urlaub so regeln, daß die den ganzen Sommer über voll funktionsfähig ist.

Besonders wichtig ist daraf zu achten, daß die Genossen im September wieder alle hier sind, weil der Whlkampf zu den Nationalratswahelen voll einsatzfähige Organisationen unbedingt erfordert.

Beschluß zur Frage des Weihnachtsgeldes

Ausgehend von
- den Erfahrungen des letzten Jahres
- der Notwendigkeit des Ausbaus des technischen Apparats der Organisation
- der Notwendigkeit der Schaffung finanzieller Rücklagen

hat die Leitung beschlossen, die Mitglieder und Kandidaten des KB Wien aufzurufen, die Hälfte ihrer Weihnachtsremuneration der Organisation zu spenden.

Dieser Aufruf erfolgt schon jetzt, um allen Genossen die Möglichkeit zu geben, sich in ihren privaten Finanzen auf diese Aktion einzustellen.

i.A.d.Leitung
H.W.

Bericht zu den Besprechungen mit der VRAO/ML zum 1.Mai

Mit der VRA wurde bezüglich der Durchführung des 1.Mai folgende Absprache getroffen: über die gemeinsame Erklärung zum 1.Mai mit den in ihr enthaltenen Hauptlosungen hinaus werden keine weitergehenden Absprachen getroffen. Die Demonstration wird gemeinsam, aber unter den jeweiligen Losungen der beiden Organisationen durchgeführt. Der KB Wien beteiligt sich nicht am Stand der VRA vor dem Maria-Theresien-Denkmal.

Der Grund dafür liegt in den von einer Mitgliederversammlung der VRA beschlossenen festen Losungen der VRA für diesen Stand : es sind dies u.a.: "Boykottiert das Wahltheater - die Entscheidung fällt in den Betrieben" und "Für automatis che Teuerungsabgeltung und Reallohnerhöhung". Diesen Losungen kann der KB unter keinen Umständen zustimmen. Auf der anderen Seite hält die VRA auch einen Großteil der von uns mitgeführten Arbeiterschutzforderungen für falsch, ebenso wie die Forderungen zum Kampf gegen den Reallohnabbau.

Bei der Besprechung mit dem Vertreter der VRA konnten keinerlei Anzeichen für ein Bemühen der VRA um eine wie immer geartete weitergehende Vereinbarung zur Maidemonstration festgestellt werden. Auf der Grundlage der von der MV der VRA verbindlich festgelegten Losungen konnte die Vra auch sicherlich nicht erwarten, daß eine solche Einigung möglich sein würde; schließlich ist ihr unsere Position zu diesen Fragen seit langem bekannt.

Wir haben daher beschlossen, auch von unserer Seite nicht auf derartige Absprachen zu drängen, da dies von vornherein für den 1.Mai aussichtslos erscheinen muß. Insgesamt muß festgestellt werden, daß die VRA gegenwärtig eine sehr geringe Bereitschaft zu einem gemeinsamen politischen Handeln erkennen läßt, und wir haben den Eindruck, daß diese Bereitschaft in der letzten Zeit gesunken ist.

Umso wichtiger wird es, die Auseinandersetzung auch zu solchen Fragen, wie sie in den beiden angeführten Parolen zum Ausdruck kommen, zu entfalten. Dabei müssen wir uns besonders vor Augen halten, daß wir die Auseinandersetzung nicht um ihrer selbst willen, sondern mit dem Ziel einer Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung auch in taktischen Fragen führen.

Die gemeinsame Durchführung der Maidemonstration wird dadurch nicht beeinträchtigt. Wir haben von allem Anfang an festgestellt, daß für uns die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung zum 1.Mai eine ausreichende Grundlage darstellt.

H.W.

Zur Abwicklung des 1.Mai

Neben der inhaltlichen Vorbereitung, für die die gemeinsame Erklärung, das Forderungsprogramm ergänzt durch die im Monat April zum 1.Mai erschienen Flugblätter (zentral) zusammen mit den Festlegungen im RS 15 eine ausreichende Grundlage abgeben müssen, sind eine Reihe von technischen Aspekten zu breücksichtigen.

Aus den oben genannten Gründen beteiligt sich der KB Wien nicht am Stand der VRA. Würden wir unsere Stelltafeln rund um diesen Stand in der Art aufbauen wie im Vorjahr, müßten wir wohl oder übel als Staffage erscheinen. Es wird daher am 1.Mai keinen zentralen Stand des KB geben. Es wird jedoch jedenfalls in der Zeit zwischen 11.00 und 12.30 dort die Agitpropgruppe auftreten, um auch die Zeit zwischen dem ursprünglich angegebenen Demonstrationstermin und dem tatsächlichen Termin zu überbrücken.

Der Hauptpunkt unserer Agitation liegt auf dem Ring. Dort haben wir in den letzten beiden Jahren die besten Erfahrungen gemacht, und dort können wir auch die meisten Menschen erreichan und für die Demonstration mobilisieren. Die Vorbereitung liegt bei den Kollektiven des KB. Die Aufteilung erfolgt nach den Kollektivgruppen, die die weitergehende Einteilung selbständig treffen. Zu diesem Zweck wird der Ring in vier Sektoren eingeteilt:

1. Bis einschließlich Schwarzenbergplatz: KV I
2. Schwarzenbergplatz bis Bellaria: KV II
3. Bellaria bis Rathausplatz: KV III
4. Ab einschließlich Rathausplatz: KV IV

Entsprechend dieser Einteilung sind auch die Genossen der Massenorganisationen eingesetzt. Hauptsächliches Agitationsmaterial stellt die Zeitung dar, darüberhinaus steht eine beschränkte Anzahl von Flugblättern zur Verfügung. Für die Beschaffung des Materials in ausreichender Menge sind die einzelnen Gruppen - schon v o r dem 1.Mai - verantwortlich.

Als Reserve stehen weitere Zeitungen beim Lautsprecherwagen zur Verfügung, wo auch der Verantwortliche der Leitung für die Durchführung der Maiagitation anzutreffen ist; er wird beim Mariatheresiendenkmal abgestellt.

Den Kollektivverbänden wird besonders empfohlen, die Möglichkeit der Verwendung von kleineren Ständen - etwa an einem zentralen Punkt innerhalb ihres Sektors - ins Auge zu fassen und diese Ständer auch selbständig zu gestalten. Als Ausrichtung dient hier das Forderungsprogramm. Eine vorbildliche Initiative kommt von der VUV-Sektion Gesundheitswesen, die zumindest einen Stand zur Frage der gesundheitlichen Folgen der Akkordarbeit vorbereitet, der zusammen mit einem weiteren Ständer über die anderen Auswirkungen des Akkords zum Einsatz kommen soll. Weiters sollten sich insbesondere die KB-Kollektive darauf vorbereiten, kleinere spontane "Kundgebungen" bei Menschenansammlungen mit Kurzreferaten - ohne Megaphon - zu halten. Auch die Verwendung von Sandvichtafeln bei der Agitation wird zweckmäßig sein. Die Vorbereitungszeit ist knapp, und wir alle sollten das kommende Wochenende dafür nutzen.

Zu den Terminen: Mit der Agitation soll diesmal bereits um 7.00 am Ring begonnen werden - um 7.30 findet nämlcich bereits ein Radrennen statt. Etwa um 8.30 wird der Demonstrationszug der SPÖ beginnen, der vermutlich um 9.30 - 10.00 beim Rathaus eintreffen sollte. Ab diesem Zeitpunkt wird die Gruppe 4 dort zusammengezogen werden müssen. Die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen, daß man sich von SP-Ordnern nicht provozieren zu lassen braucht, und daß man alle ihre Anpöbeleien sehr gut benutzen kann, um sich an die umstehenden Massen zu wenden, die uns, wenn wir richtig auftreten, sicherlich in Schutz nehmen und dabei helfen, solchen Leuten die richtige Abfuhr zu erteilen. Ab etwa 10.00 sammelt sich die KPÖ am Schwarzenbergplatz. dann sollte die Gruppe 1 dort zusammengezogen werden. Um 12.15 sollten alle Genossen sich beim Mariatheresiendenkmal einfinden.

Dann tritt folgende Einteilung in Kraft: für den Demonstrationszug stellen die Gruppen 1,2 und 4 je 30 Transparentträger. Sie werden gruppenweise über den Lautsprecherwagen zur Transparentausgabe aufgerufen. Verantwortlich ist dafür Gen. R!B. (Kapsch). Die Gruppe 3 stellt 50 Fahnenträger, die ebenfalls gesondert aufgerufen werden. Verantwortlich für die Ausgabe ist Gen. E.V. (AKH). Die Gruppen 1,2 und 4 stellen darüberhinaus je 8 Ordner. Verantwortlich für die Ordnergruppe ist Gen. M.R. (Mödling). Diese Einteilungen müssen schon jetzt getroffen werden, sodaß am 1.Mai jeder Genosse genau seine Aufgabe kennt. Eine Ordnerbesprechung findet am Sonntag um 10 Uhr statt, zu der unbedingt alle Ordner erscheinen müssen. Der Abmarsch erfolgt nach der Kundgebung, die um 12.30 beginnen soll über den Ring, Schwarzenbergplatz, Aspernbrücke (wo u.U. auf Ersuchen eine kurze Unterbrechung von ca. 5 min. notwendig sein kann, um einige Straßenbahnzüge durchzulassen) und führt dann über die Obere Donaustrasse zur Taborstraße bis zum Bayrischen Hof. Die Schlußkundgebung findet in der Oberen Augartenstraße (um die Ecke) statt, um die Straßenbahnen nicht unnötig zu behindern.

Abschließend sollen noch alle Genossen daruaf hingewiesen werden, daß eine beträchtliche Anzahl von Plakaten nachgedruckt wurde, die unbedingt alle noch am Wochenende - spätestens Montag - anges chlagen werden müssen. Ab Montag sollten nur noch abgerissene Plakate ersetzt werden.

Bereiten wir alle nocheinmal sorgfältig die Agitation für den 1.Mai und die Festversammlung anhand des Forderungsprogramms und der bisherigen Erfahrungen vor; setzen wir in den wenigen Tagen alle Kräfte für die Agitation ein; und beachten wir alle technischen Regelungen für einen Reibungslosen Ablauf, der es uns ermöglicht, die Kräfte auf die Massenarbeit zu konzentrieren - dann wird der 1.Mai zu einem Erfolg werden!

H.W.